

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Im Bann der Kommunisten.

Zum sächsischen Landesparteitag.

Von Wilhelm Dittmann.

Die Verhandlungen des sächsischen Landesparteitages, die am Sonntag im Landtagsgebäude in Dresden stattfanden, haben bewiesen, in welcher erschreckenden Maße sich die Führung der in der sächsischen Parteigenossenschaft seit einigen Monaten vorherrschenden Richtung bereits in den Schlingen verfangen hat, die von den kommunistischen Demagogen ausgeworfen worden sind.

Unsere sächsischen Genossen standen am Sonntag vor der Tatsache, daß am Freitag vorher im Landtage die Koalition von Sozialdemokraten (4 Sitze), Demokraten (1 Sitz) und Volksparteilern (2 Sitze) beschlossen worden war. Die Mehrheit unserer Landtagsfraktion hatte der Koalition zugestimmt, aus der Zwangslage heraus, daß sonst in der gleichen Sitzung Auflösung und Neuwahl des Landtages beschlossen worden wäre, von der sie günstigstenfalls die Wiederkehr der jetzigen Landtagskonstellation erwarten konnte, so daß die Regierungskrise nur auf Monate verschleppt, aber nicht gelöst worden wäre. Trotz dieser Situation beschloß der Landesparteitag am Sonntag, den neugewählten Ministerpräsidenten, Genossen Heide, zum Rücktritt aufzufordern, von der Fraktion das Eintreten für die Auflösung des Landtages zu verlangen und eventuell durch Volksbegehren und Volksentscheid die Landtagsauflösung zu erzwingen. Der Landesparteitag stellte sich also in schroffen Gegensatz zu der Mehrheit der Landtagsfraktion, der auch formell noch das schärfste Mißtrauen ausgesprochen wurde. Der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Genosse Böttcher, gab darauf im Namen der Fraktionsmehrheit die Erklärung ab, daß sie die Entscheidung der Streitfrage dem am 30. März stattfindenden Parteitage der Gesamtpartei unterbreiten werde. Die Mehrheit des Parteitagssahnte daraufhin einen neuen Beschluß, in dem die sofortige Befolgung ihres Willens verlangt und erklärt wird, daß die sächsische Sozialdemokratie mit der Regierung Heide nichts zu tun habe.

Es ist in Sachen also zu einem offenen Parteikonflikt gekommen. Wie war das möglich und was liegt diesem Konflikt zugrunde?

Die Führung des Kampfes gegen die Fraktionsmehrheit liegt beim Landesarbeitsausschuß, dessen kürzlich neugewählter Vorsitzender der Dresdener Landtagsabgeordneter Arzt ist, der unter allen Umständen trotz all der schlimmen Erfahrungen der letzten Zeit ein Zusammengehen mit den Kommunisten erzwingen will. Als die von ihm und dem Abgeordneten Genossen Müller-Weipzig im Auftrage der Fraktion vor einigen Tagen mit den Kommunisten geführten Verhandlungen endgültig gescheitert waren, hatte er noch selber erklärt: „Das sind ja Schafsköpfe!“ Er hatte zunächst auch anerkennen müssen, daß die Erklärung des Kommunisten Böttcher im Landtage, die Kommunisten würden auch nach den Neuwahlen eine sozialistische Minderheitsregierung nicht unterstützen, eine klare Situation geschaffen habe. Auf dem Landesparteitage aber kam Genosse Arzt plötzlich mit der Deutung, Böttcher habe nur gemeint, mit der jetzigen Landtagsfraktion würden die Kommunisten auch nach den Wahlen keine Regierung bilden. Daraus schlussfolgerte Genosse Arzt, man müsse also eine neue Landtagsfraktion wählen lassen, um mit den Kommunisten zusammenkommen zu können. Genau so unglücklich operierte auch das „Zwickauer Volksblatt“ in seiner Parteitagsummer:

Hierzu ist festzustellen — und die Berichte über Böttchers Rede durch die Landtagsprotokolle weisen das nach —, daß die Erklärung des kommunistischen Abgeordneten sich lediglich auf die jetzige sozialdemokratische Fraktion im Landtage bezieht, daß er ausdrücklich hervorgehoben hat, daß für seine Partei eine Koalition mit den jetzigen unmöglich sei, die, wie er sich ausdrückte, „im Sog der Genossen Müller stehen“, und in der Tat sind die Spannungen zwischen der jetzigen Fraktion, die ja in Wahrheit durchaus nicht mehr den Willen der Partei widerspiegelt, und den Kommunisten so groß, daß es vom Standpunkte der SPD. aus verständlich ist, daß eine Koalition mit ihr zunächst für sie nicht tragbar ist.

Diese liebevolle Einfühlung des Zwickauer Parteiblattes in die Seele der Kommunisten zeigt die absolute geistige Hörigkeit, in der sich dieses Parteiblatt von den Kommunisten befindet. Als Genosse Arzt auf dem Parteitag durch dieselbe Deutung der Böttcherischen Rede den Dreh zu den Kommunisten vollzog, riefen wir Parteivorstandsvertreter — Wels, Hilferding und ich — dem Parteitag warnend „Hört, hört!“ zu. „Jawohl,“ wurde uns entgegengegrufen, „die Kommunisten haben ganz recht!“ Genosse Wels wies in seiner Rede auf dem Parteitag auf die Ungeheuerlichkeit hin, die darin liegt, daß unsere Partei sich von den Kommunisten die Zusammenlegung unserer Landtagsfraktion vorschreiben lassen solle. Er machte aber damit sehr wenig Eindruck. Darin offenbarte sich klar die geistige und politisch-taktische Einstellung der Mehrheit dieses Parteitagssahnte.

Als einer der Führer der ehemaligen USPD. muß ich betonen, daß die Atmosphäre dieses sächsischen Landesparteitages mich zurückverlegte in die schlimmsten Zeiten der USPD. vor der Spaltung in Halle. Auch damals herrschte die Einstellung: Unter allen Umständen zusammen mit der SPD., selbst unter Preisgabe der politischen Selbstständigkeit und der Würde der eigenen Partei! Dasselbe jetzt in Sachsen. Und genau wie damals werden unsichtbare

## Die französischen Senatswahlen.

Paris, 7. Januar. (W.B.) Das Endergebnis der Senatswahlen liegt bis auf das Resultat der Insel Martinique vor. Es haben erhalten: die konservative Rechte 17 Sitze (gewonnen 0, verloren 2), die Radikalepublikaner 16 Sitze (gewonnen 3, verloren 2), die radikale Republikaner 22 Sitze (gewonnen 3, verloren 4), die unabhängigen Radikalen 4 Sitze (gewonnen 1, verloren 3), die Radikalen und Sozialistisch-Radikalen 50 (gewonnen 6, verloren 4), die sozialistischen Republikaner 4 Sitze (gewonnen 4, verloren 0), die Sozialisten 2 Sitze (gewonnen 2, verloren 0). 65 ehemalige Senatoren sind wiedergewählt worden, 27 Senatoren treten neu in das Parlament ein. Nach den Gruppierungen der Senatsparteien sind gewählt: 50 Mitglieder der demokratischen Linken, 33 Mitglieder der republikanischen Union, 13 Linksrepublikaner und 11 Mitglieder der Rechten. Von bekannten Senatoren wurden gewählt: der schiere Volkshasser in Russland Koulens, der Diktatorpräsident des Senats Gustave Rivet und der Führer der Rechten de Camarjelle.

Paris, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern, Sonntag, fanden in ganz Frankreich die Ersatzwahlen zum Senat statt, durch die ein Drittel des Senats neugewählt wurde. Die Senatoren werden gewählt von den Abgeordneten und Generalräten des Departements, den Arrondissementsräten und Vereitern der Gemeinderäte. In den ersten zwei Wahlgängen ist die absolute Mehrheit notwendig, für den dritten genügt die relative Mehrheit.

Der Senat setzte sich bisher zusammen aus 163 Radikalen und Sozialistisch-Radikalen, 99 Mann, Republikanische Vereinigung und 15 republikanische Winken (dazu gehört auch Poincaré), außerdem aus 11 ausgesprochenen Rechten und 6 Unabhängigen, die auch zur Rechten zählen. Von diesen 314 Senatoren waren jetzt 116 neu zu wählen (einschließlich der verwaisten Sitze) und zwar fanden Ersatzwahlen statt für 53 Radikale und Sozialistisch-Radikale, 34 Republikanische Vereinigung, 15 republikanische Linke und 12 Rechte und Unabhängige. Die beiden Mittelgruppen sind trotz ihrer republikanischen Firmenschilder Flügelgruppen des Nationalen Blocks.

Es entspricht durchaus dem Zweck des französischen Senats und dem ihm zugrunde liegenden indirekten Wahlverfahren, eine weitgehende Stabilität in den politischen Verhältnissen des Landes zu sichern. Insofern ist eine ausgesprochene Verschärfung der politischen Machtverhältnisse in diesem Hause sehr schwer herbeizuführen und bisher fast niemals in der Geschichte der dritten Republik eingetreten. Immerhin pflegt man die alle drei Jahre stattfindende Erneuerung eines Drittels des Senats als ein Symptom zu bewerten, und deshalb wurde das diesjährige Ergebnis als für die kommenden allgemeinen Neuwahlen der Deputiertenkammer bedeutsam betrachtet.

Soweit aber aus den vorliegenden Zahlen, Einzelfällen und Pressestimmen hervorgeht, scheinen die gestrigen Neuwahlen keine nennenswerten Veränderungen in der Zusammensetzung des Senats ergeben zu haben. Von einem Auf nach rechts, von dem die ersten Meldungen sprachen, ist keine Rede, aber auch von einem Auf nach links

haben gesponnen zwischen der SPD. und unserer Partei. In jener Novembernacht des vorigen Jahres, in der das Kabinett Follisch gebildet wurde, wies der Kommunist Böttcher während hinüber zu unseren Fraktionsgenossen. Auch diejenigen von ihnen hätten seine Kapitulation, die mit den Kommunisten gegen die eigene Partei konspirierte und Unterstützung gegen den rechten Flügel der Partei gesucht hätten. Das erinnerte mich an die dramatische Szene auf dem ersten Leipziger USPD-Parteitag 1919, als die Genossen Simon-Nürnberg und Crispian sich empörten gegen die Hinterhältigkeit der Sticker und Genossen wandten, die hinter unserem Rücken während des Parteitagssahnte mit dem SPD.-Vorsitzenden Dr. Levi konspirierte hatten. Auch dort konnte der Beweis nicht gerichtsnotorisch gemacht werden, aber die spätere Entwicklung zeigte, was damals gespielt worden war.

In Sachsen wird jetzt dasselbe treulose Spiel getrieben, das fühlt jeder, der die dortige Parteiatmosphäre kennt. Verblendete und Unerfahrene glauben, durch fortgesetztes würdeloses Herlaufen hinter den Kommunisten bei diesen moralische Eroberungen machen zu können. Sie spüren nicht, daß sie umgekehrt längst von den Kommunisten in ihren Bann gezogen worden sind, so daß sie, objektiv gesehen, als kommunistische Spaltkämpfer in unserer Partei wirken, indem sie nach der kommunistischen Parole handeln, die „rechten Führer“ der Partei zu beseitigen. Sie merken dabei nicht einmal, daß sie die Duplierten sind, daß sie selber die nächsten sein werden, die beim Absägen an die Reihe kommen werden, denn die Kommunisten wollen ja eine Führergarnitur nach der anderen und durch die andere beseitigen, damit ihnen das führerlos gewordene Gros der Partei um so leichter zum Opfer fallen kann.

Das ernste politische Problem, vor dem unsere Partei jetzt in Sachsen steht, ist deshalb die geistige und politische Vorföhung der Partei von der Umstrickung und Umklammerung durch die Kommunisten, in die sie durch ihre unglückselige Politik des letzten Jahres hineingeraten ist. Jeder ehrliche Sozialist wünscht schließlich eine Verständigung mit den Arbeitern, die heute noch glauben, zu den Kommunisten halten zu müssen. Aber es kann keine Rede davon sein, daß unsere Partei sich in das Schlepptau der Moskauer Demagogen und Putschisten nehmen lassen darf. Davor die Partei in Sachsen zu bewahren, ist vor allem jetzt auch

ist wenig zu spüren. Die Sozialisten, die grundsätzlich für die Abschaffung des Senats als einer überflüssigen Einrichtung eintreten, haben vor drei Jahren zum ersten Male zwei Genossen in den Senat hineinwählen können, zu denen sich jetzt zwei weitere gesellen, die ihr Mandat der Bildung des Blocks der Linken in ihren Wahlkreisen verdanken. Im übrigen haben sämtliche Parteien ihren Bestand im allgemeinen behauptet. Innerpolitisch bleibt demnach der Senat, wie „Devoire“ mit Recht betont, das republikanische Gegengewicht der reaktionären Kammer. Außenpolitisch hat der Senat auch einschließlich des linken Flügels alle Lorbeeren der einzelnen Regierungen seit Kriegsende mitgemacht, und insofern hat auch Poincaré recht, wenn er nach seiner Wahl darauf hinwies, daß seine Reparationspolitik die Billigung der Senatswähler gefunden hat.

## Auflösung des Unterhauses?

Lord George hat sich im „Daily Chronicle“ für die Unterführung einer Arbeiterregierung durch die Liberalen, solange sie nicht sozialisiert, ausgesprochen. Damit ist der Sturz der konservativen Regierung in der bevorstehenden Parlamentsession sicher, und der König müßte dann dem Führer der Opposition, unserem Genossen Ramsay MacDonald, die Regierungsbildung übertragen. Diese logische Folgerung aus dem parlamentarischen System scheidet die Konservativen, und es sind Bestrebungen im Gange, den König zur Auflösung des Unterhauses zu veranlassen.

In einem Interview des „New York Herald“ weist MacDonald nach, daß der König jetzt zur Auflösung nicht berechtigt sei, und sehr deutlich wurde Genosse Lansbury in einer Siegesfeier der Arbeiterpartei im Rathaus des Londoner Arbeiterbezirks Shoreditch. Er sprach über die Stellung des Königs und sagte u. a.:

„Vor vielen Jahrhunderten widersteht sich ein König dem Willen des Volkes. Man enthaupete ihn. Etwas später versuchte einer seiner Nachkommen, keinen Vorkehrungen nachzugehen. Man schlug ihm zwar nicht den Kopf ab, aber man zwang ihn, zu verschwinden. Seit dieser Zeit haben sich die Könige und Königinnen von England mit ihrem dekorativen Blau begnügt, der ein Symbol für die nationale Einheit ist. Der gegenwärtige König würde gut daran tun, wenn er seine Finger von der Politik weglassen wollte.“

Die Londoner Kombinationen über MacDonalds Ministerkollegen gehen jetzt dahin, daß MacDonald für die unmittelbare Politik in erster Linie Tom Shaw sowie den bekannten Walfisken Arthur Bonland, der seinerzeit Diplomat, heranziehen würde. Ramsay MacDonald würde sich auch an den früheren Botschafter Englands in Finnland, Lord Acton, wenden und den Genossen Noel Duxton, der ein Kenner der Orientfrage ist, zur Mitarbeiterschaft einladen. Am Freitag werde Ramsay MacDonald eine Zusammenkunft mit Lord Halsbury haben, der gleichfalls als engerer Mitarbeiter einer Arbeiterregierung angesehen wird.

eine Pflicht der Gesamtpartei, die auf ihrem Parteitag am 30. März zur Entscheidung der Dinge in Sachen klar und unzweideutig Stellung nehmen muß.

## Schwerer Konflikt in Sachsen.

Landesparteitag und Große Koalition.

Dresden, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Unter Teilnahme von 79 stimmberechtigten Delegierten wurde am Sonnabend der Landesparteitag der sächsischen SPD. eröffnet. Genosse Arzt referierte als Vertreter der Fraktionsminderheit über die politische Lage. Er wandte sich gegen die große Koalition und den „Disziplinbruch“ der Fraktionsmehrheit. Als Korreferent sprach Müller-Weipzig, der die Notwendigkeit des Schrittes der Fraktionsmehrheit nachsah und sich gegen den Volksentscheid auf Auflösung des Landtages aussprach. In die Diskussion griff auch Genosse Wels vom Parteivorstand ein. Er zeichnete in großen Umrissen ein Bild der internationalen Arbeiterpolitik, charakterisiert eingehend die sächsischen Verhältnisse und unterstellte den Standpunkt der Fraktionsmehrheit.

Der Landesarbeitsausschuß der SPD. hatte dem Parteitag folgende Entschlieung vorgelegt:

„Die aus 25 Genossen bestehende Mehrheit der Landtagsfraktion hat in der Landtagsession vom 4. Januar mit Volkspartei und Demokraten eine Regierung gebildet und damit den Beschluß des Landesparteitages vom 2. Dezember, der ausdrücklich jede Koalitionsbildung von der vorhergehenden Zustimmung des Parteitagssahnte abhängig machte, gebrochen. Sie hat mit den Stimmen der Bürgerlichen einen Ministerpräsidenten gewählt und ist voll verantwortlich für die Spaltung der Fraktion.“

Dieses Verhalten der Fraktionsmehrheit ist ein grober Bruch der Parteidisziplin und bildet einen beispiellosen Vorgang in der Geschichte der Sozialdemokratie. Der Disziplinbruch wiegt um so schwerer, als die Landtagsfraktion selbst es war, die eine Entschlieung des Parteitagssahnte verlangt hat und trotzdem zwei Tage vor Stattfinden des Parteitagssahnte die Entschlieung vernachlässigt. Die Fraktionsmehrheit hat ferner den Beschluß des Parteitagssahnte verletzt, der die Kompetenzgrenze der Fraktion festlegt und die Entschlieung über alle wichtigen politischen Fragen den Landesinstanzen und einer Vertretung der Fraktion in gemeinschaftlicher Beratung überträgt. Die Landesinstanzen sind bei der letzten Handlung der Fraktion völlig ausgeschaltet worden.

Der Parteitag spricht deshalb 1. der Fraktionsmehrheit sein schärfstes Mißtrauen aus und billigt die Haltung der 13 Genossen der Fraktionsminderheit, die durch eine öffentliche Erklärung

## Verwicklung im Fall Hermann.

Verhaftung unter dem Druck des Heeresanwalts?

Weimar, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In das thüringische Justizministerium hat der Reichsjustizminister und Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld eine Beschwerde gegen den Thüringischen Staatsanwalt Müller gerichtet.

In der Strafsache gegen 1. den Minister Hermann und 2. den Regierungsdirektor Runge führte ich als Vorsitzender der beiden Beschuldigten über das Verhalten der Staatsanwaltschaft Beschwerde.

1. Als der Beschuldigte Hermann kurz nach seiner Festnahme von dem Staatsanwaltschaftsrat Müller vernommen wurde, kündigte er etwa halbstündiger Bernehmung das Telefon. Staatsanwaltschaftsrat Müller meldete sich und sagte: „Ich bin eben bei der Bernehmung des Ministers Hermann, es ergeben sich gewisse Schwierigkeiten und ich würde Sie bitten, wenn Sie Zeit haben, so mir herauszukommen.“ Kurze Zeit darauf erschien der Heeresanwalt Kademund, er wurde Herrn Hermann vorgestellt und nahm am Tische Platz. Staatsanwaltschaftsrat Müller setzte dann die Bernehmung Hermanns fort und in diese Bernehmung griff Heeresanwalt Kademund wiederholt durch Fragen ein. Insbesondere fragte er Herrn Hermann, wie er erklären könne, daß so viele Beamte nach angestellt worden seien und ob er wisse, daß bei den Prüfungen nur Beamte zugelassen worden seien, die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes seien, der sich, wie ja allgemein bekannt sei, aus linken Sozialisten, ehemaligen Unabhängigen, zusammensetze. Herr Hermann erwiderte, daß der Allgemeine Deutsche Beamtenbund eine gewerkschaftliche Organisation sei, und daß er keine Ursache habe, mit dem Heeresanwalt über diese Dinge zu diskutieren. Der Heeresanwalt erwiderte darauf, es sei sehr eigenartig, daß die Anstellungen, die vorgenommen worden seien, in so großem Maße und so plötzlich erfolgt seien. Herr Hermann antwortete: „Die Akten werden beweisen, daß die Anträge schon seit Wochen und Monaten von den Kreisdirektoren eingegangen sind, auch von solchen Kreisdirektoren, die nicht Sozialisten sind.“ Nunmehr erklärte der Heeresanwalt: „Wir sind gezwungen, nach Ihren Motiven zu suchen und wir haben den Eindruck, Sie hätten, als Sie haben, daß die Regierung abtreten müsse, nur noch recht viel Sozialisten zu Beamten machen wollen.“

Aus diesem Verlauf der Bernehmung des Herrn Hermann geht hervor, daß der Staatsanwaltschaftsrat Müller einen Übergriff des Heeresanwalts ruhig hingenommen hat. Dieser hätte sein Recht, in die Bernehmung einzugreifen, die durch den zuständigen Staatsanwalt im Ermittlungsverfahren vorgenommen wurde. Das Verhalten des Staatsanwaltschaftsrats Müller, der diesen Übergriff des Heeresanwalts duldet, steht im schroffsten Widerspruch zum Gesetz, das eine Mitwirkung des Heeresanwalts nicht kennt.

2. Die Verhaftung des Herrn Hermann ist offensichtlich auf Veranlassung und unter dem Druck des Heeresanwalts erfolgt. Ich habe dem Staatsanwaltschaftsrat Müller auf den Kopf zugelegt, daß er selbst die Verhaftung des Ministers Hermann gar nicht habe vornehmen wollen, daß dann aber der Heeresanwalt ihm gesagt habe: „Sie haben schon Neubauer entlassen lassen, wollen Sie auch noch Hermann stechen lassen,“ und daß erst daraufhin die Festnahme des Herrn Hermann erfolgt ist. Staatsanwaltschaftsrat Müller hat mir erklärt, die Sache habe sich nicht ganz so verhalten, aber im allgemeinen hat er den Vorgang nicht in Abrede gestellt. Auch des Verhaltens des Staatsanwaltschaftsrats Müller verzieht gegen das Gesetz. Er hat sich offensichtlich nicht von einer sachlichen Prüfung der Frage, ob Grund zur Verhaftung Hermanns vorlag, leiten lassen, er hat vielmehr dem Druck des Heeresanwalts nachgegeben. Hierüber führe ich Beschwerde.

### „Seit Monaten völlige Ruhe.“

Das amtliche Wolffsche Telegraphen-Bureau verbreitet aus Aensfeld i. Th. folgende Nachricht:

Der Thüringer Verkehrsverband macht darauf aufmerksam, daß in Thüringen seit Monaten völlige Ruhe und Ordnung herrscht und daß keinerlei Veranlassung vorliegt, die Thüringer Winterurorte und Erholungsstätten zu meiden.

Die bürgerlichen Parteien in Thüringen und gewisse thüringische Unternehmerkreise haben es seit Monaten so hingestellt, als

Da löste sich in dem Mann der harte Haß. Er meinte, die Vogelwunde zauberten vor sein Auge grünen Wald, blauen See, blühende Gärten... und da wußte er, daß auch dieses Weh ein Ende haben werde, daß auch dieser Schmerz schmelzen würde. Er hob das Haupt freier, schaute sichbevoll den kleinen schwarzen Vogel an... und schritt mit langsamem, schwingendem Gang in die verschneite Stadt zurück.

### Zeltgemähes aus dem alten „Kladderadatsch“.

Im Jahre 1848 — dem Jahr der ersten deutschen Revolution — erscheint am 7. Mai zum erstenmal ein Blatt in Berlin, das noch bis heute existiert, wenn es auch seine ruhmreiche Tradition ein wenig vergessen hat. Dieses Organ für und von Dummheit begrüßt mit folgendem ersten Satz seine Leser: „Die Zeit ist ungesund.“ Es kündigt an, daß es täglich mit Ausnahme der Wochentage erscheinen werde, macht auf der ersten Seite folgende Fund, daß es Männer wie Louis Blanc, von Bülow, Hecker, Herwegh, Jacoby usw. zu seinen Mitarbeitern gewinnen werde und spricht von Witz und Galle gegen die Bedrohler der jungen deutschen Revolution. „Zum Kaiser geht nicht jeder Mann, Karätschen richten Schaden an“ heißt es da, halb augenzwinkernd, halb hartnäckig — in den sogenannten „Berliner Fibelwerken“. Oder: „Das Heer lebt von den Bürgers Schweiß. Ein Soldatenknecht ist gern Eis.“

In diesem ersten Jahrgang des „Kladderadatsch“, der eins der schönsten historischen Dokumente der alten deutschen schwarzgoldenen Revolution ist, geht es hoch her gegen die Lämie Woz in der Breiten Straße, gegen die Hantler der Ruhe, gegen den Weichhülser — mit der Revolution kam damals auch das bayerische Bier nach Berlin, um die Stange zu verdrängen —, gegen die Redensart von den „breitesten Grundlozen der Verfassung“, die einmal illustriert wird durch einen auf einer breiten Unterlage von Kanonen stehenden Soldaten, der einen bevorstehenden Zivilisten mit den Rohrmündungen in Schach hält.

Am argsten aber wird Herrn von Bodelschwingen mitgeteilt. Da heißt es in Nr. 14 in dem berühmten Wochentafel, der stets unter dem Kopf des Blattes erscheint: Montag, den 7. August: Herr v. Bodelschwingen verbietet das Gehen unter den Linden. Dienstag, den 8. August: Herr v. Bodelschwingen verbietet das Stehen unter den Linden. Dann wird das Husten, das Niesen und das Denken aufzujehre verboten. 12. August: Herr v. Bodelschwingen verbietet alles, nur nicht das Schlafen unter den Linden.

Über der „Kladderadatsch“ jener Zeit ist nicht bloß ein Witzblatt; in ihm hat sich der Geist der Geschichte auch ohne den Umweg über die Ironie verewigt. So bringt die Wochenschrift in Nr. 23 ein großes Bild des Abgeordneten Jacoby mit seinen bei der Mißdeutung von Sanssouci gesprochenen Worten: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.“ Und in Nr. 31 erscheint das edle Gesicht des Präsidenten der Preussischen Nationalversammlung a. Unruh, und man liest mit Bewegung seine historischen Worte: „Solange die Presse, solange das Vereinigungsrecht nicht von neuem geknebelt wird, hat das Land die Mittel in Händen, selbst ohne Blutvergießen den Sieg über die jetzigen Bestrebungen der

ginge in Thüringen alles drücker und drüber und als sei der rote Terror kaum noch erträglich. Auf Grund der bürgerlichen „Hilferufe“ hat der Militärchefstabschef in Thüringen eingegriffen. Generalleutnant Haffe hatte sich ausdrücklich auf die „zahlreichen Hilferufe“ bezogen, als er die thüringische Landespolizei in eigne Regie nahm. Das alles, obwohl in der sozialdemokratischen und demokratischen Presse festgestellt wurde, daß in Thüringen musterhafte Ordnung herrsche, und obwohl in der Hefepresse kein nennenswerter Haß von Ausschreitungen angeführt werden konnte. Wenn jetzt, offenbar infolge der üblen Folgen der unbedingten Hebe gegen Thüringen durch das halbamtliche Drucksachenbureau des Gegenteils von dem verkündet werden muß, was der thüringische „Ordnungsblat“ seit Monaten verkündet, so zeigt das, mit welcher verwerflichen Mitteln gearbeitet worden ist, und man kann annehmen, daß es sich ähnlich im Fall Hermann verhalte.

Sehr übel ist es, daß die Reichswehr in der thüringischen Angelegenheit eine große Rolle spielt. Ihr Name wird in die schandhafte Kampagne gegen die thüringische Landesregierung mit hineingezogen. Die unpolitische Reichswehr wird auf diese Weise zu einem politischen Instrument gestempelt, ein Beweis dafür, daß der militärische Ausnahmezustand für die Reichswehr selbst verderblich ist, wenn er sich nicht gegen faktische, sondern gegen fiktive Unruhezustände wendet.

### Volksentscheid in Lüneburg.

Bürgerchaftswahlen.

Lüneburg, 7. Januar. (W.R.) Bei dem gestrigen Volksentscheid über die Frage, ob der Senat jurisdizieren solle, wurden von 84 482 Wahlberechtigten 73 747 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf „Nein“ (für das Verbleiben des Senats) 44 151, auf „Ja“ (für den Rücktritt des Senats) 29 596 Stimmen. Nach diesem Ergebnis wird der Senat die Bürgerhaft verlassen und Neuwahlen ausschreiben, die innerhalb 45 Tagen stattfinden müssen.

### Ausperrung überall.

Der Arbeitszeitkampf in Rheinland-Westfalen.

In Verbindung mit der vor einigen Tagen erfolgten Ausperrung von 1500 Rabelararbeitern sind in Sierloh weitere 6000 Arbeiter der Metallindustrie zum 16. Januar gefündigt worden. In Hagen-Stadt und -Land sind die Metallarbeiter in Auswirkung der Kündigungen, die der Westfälische Arbeitgeberverband zum 4. Januar ausgesprochen hat, seit Sonnabend früh ausgesperrt; zum Teil tritt die Kündigung erst ab Montag in Kraft. Auf den größten Werken wird noch gearbeitet. Im Landkreis Schwelm ist die Kündigung am Sonnabendabend allgemein in Kraft getreten. Im bekehrten Gebiet hat die Deutsche Maschinenfabrik in Weiler am 2. Januar den Betrieb eingestellt, weil die Arbeiter sich weigerten, die von der Betriebsleitung zum Ausgleich von Lohnrücklagen verlangte Uffordarbeit aufzunehmen.

Nach einer Meldung der „Admissionen Zeitung“ aus Düsseldorf sind im dortigen Wirtschaftsbezirk 30 000 Metallarbeiter ausgesperrt. In einer von Kommunisten einberufenen Versammlung von Betriebsräten des Niederrheins in Rheinhausen wurde von heute ab der Generalkrieg in verschärfter Form sowie die Einsetzung einer Streikleitung beschlossen. Die Bewegung ist vorläufig auf den Düsseldorf-Bezirk beschränkt. Die Arbeitgeber der Eisen- und Stahlindustrie erklären, daß sie am Feiertag unter allen Umständen feierhalten.

Aus Duisburg berichtet die Ill.: Am Sonntag nachmittags fanden hier große Demonstrationen der Arbeiter und Gewerkschaften statt, um gegen die Verlängerung der Arbeitszeit zu demonstrieren. Am Sonntag fand eine Versammlung aller Arbeitnehmer statt, um sich über ihre weitere Stellungnahme zur Arbeitszeitverlängerung schlüssig zu werden. Im Allgemeinen ist die Stimmung unter der Arbeiterschaft sehr erregt, so daß mit Zwischenfällen gerechnet wird.

Die Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato, die feinstenzeit nach Deutschland geflüchtet waren, aber ausgeliefert und zum Tode verurteilt wurden, hatten vergebens Revision eingelegt. Sie ist verworfen, und nur königliche Begnadigung kann ihnen das Leben retten.

Reaktion herbeizuführen ist aber das Land in seinem größeren Teile nicht unserer Meinung, nun, meine Herren! — dann hat das Land es zu verantworten, wenn die eben ausblühende Freiheit wieder verdirrt.

Zeltungsdruck ohne Seher. Während des langen Seherstreits in New York, bei dem man die verschiedensten Auswege wählte, um trotzdem zu erscheinen, hat die Wochenschrift „Literary Digest“ einen Versuch unternommen, der im Zeltungsdruck eine vollständige Ummwälzung herbeizuführen könnte. Wie sich handeln in der „Lithographie“ ausführt, erschien dieses Blatt, das über hundert 12 Zoll lange und 9 Zoll breite Seiten enthält, in Schreibmaschinenchrift und in einer Auflage von einer Million die Woche. Dabei wurde folgende, in ihren Grundzügen bekannte, einfache Methode angewendet: Zuerst wurde ein Manuskript sehr sorgfältig geschrieben, dann die Niederschrift vielen Schreibmaschinen übergeben, die den Text auf neuen Maschinen in großem Format abschrieben; dann wurden die einzelnen Blätter aufgestellt und verkleinert photographiert. Die Herstellung der Druckplatten erfolgte in Form von Zinkzungen. Das Verfahren wurde so geschickt angewendet, daß es nicht schwer zu stehen kam als der sonst übliche hand- oder maschinensatz. Man betont, daß sich diese Methode des Druckens ohne Sach- und Hilfe eines neuen in Deutschland ausgearbeiteten Verfahrens in einer umwälzenden Art der Verwirklichung ausführen lassen. Dies müßte unter Zugrundelegung des Manuskriptes geschähen, einer Technik, bei der das Original durchgelesen wird, um auf einer präparierten Platte eine Kopie zu erzeugen, von der auf Zink übertragen im Flach- oder Rotationsdruck gedruckt werden kann. In Verbindung mit dem Offsetdruck ist diese Drucktechnik bewiesen, sogar dem Buchdruck überlegen und eröffnet für die Zeltungsherstellung weite Aussichten, denn es können beim Offsetdruck wesentlich geringere Papierqualitäten benutzt werden als bisher möglich ist. Dazu kommt die außerordentliche Schnelligkeit des Verfahrens. Geht man nach einem Schritt weiter und schreibt den Text auf geeigneten konstruierten Schreibmaschinen gleich in der Breite der Zeltungsspalten, so kann er sofort auf eine Zinkplatte übertragen und dann davon in der Offset-Schnelldruckpresse gedruckt werden. Die Seher werden freilich auch dadurch nicht zufriedener werden, denn das Gebiet des Buchdrucks stellt ja so viele verwickelnde Anforderungen, daß die hochwertige Arbeit des Sehers niemals ganz wird entbehrt werden können.

Volksbühne. Am Donnerstag ließ Korn Felder in der Schulaula Straße 23 aus Heinz Werben. Der Wenter im Goldenen-Cyberm, Wittenberg, Rathenowstraße, Dichtungen zum Hauptproblem, und die Hülse-Ramin in der Ant der L. Wälden-Mittelstraße, Straßburg, Donnerstag, 12/27, russische Dichtungen. Einlagen 25 Pf.

Vorträge. Die Gesellschaft für Sexualreform veranstaltet am Donnerstag 8 Uhr in der Schulaula Straße 126, einen Vortrag von Dr. A. Sernau über das Eheproblem. Eintritt 15 Pf. Bitte mitkommen! — In der Berliner Biologischen Gesellschaft wird Donnerstag 8 Uhr im Institut für Zoologie 43 Dr. Schmidt über: „Kriminalbiologische Gefährdung durch verheiratete Tatbestände“.

zung ihren ablehnenden Standpunkt, geirru den Parteitagsschluß, präzisieren. 2. Die eingegangene Verbindung mit Volkspartei und Demokraten ist eine glatte Unterwerfung unter die Gewaltpolitik der Bourgeoisie, die in Sachsen und Thüringen durch Staatsrecht und Reichsgesetz die Verschlingung der sozialistischen Politik und die Bildung einer großen Koalition anstrebt. Diese Unterwerfung würde die Handlungsfreiheit der Partei bemeinen. Deshalb billigt der Parteitag die Ablehnung der großen Koalition durch die Fraktionsminderheit. 3. In Konsequenz dieser Feststellungen verlangt der Parteitag den Rücktritt des Ministerpräsidenten und den Appell an das Volk und ferner von der Fraktion, für die Auflösung des Landtags mit allen Mitteln einzutreten. Wird die Landtagauflösung im Landtag nicht erreicht, so ist der Volksentscheid durchzuführen. 4. Der Landesparteitag fordert ausdrücklich von der Landtagsfraktion, daß sie diesen Beschlüssen entsprechend handelt. Nach § 23 des Reichsparteistatuts sind die örtlichen Organisationen und die Bezirksorganisationen gehalten, gegen Parteimitglieder vorzugehen, die beharrlich die Durchführung der Parteitagsschlüsse verweigern. 5. Der Parteitag fordert die Parteigenossen im Lande auf, treu zu den Beschlüssen des Landesparteitags zu stehen und jeder Spaltungsaussicht, möge sie kommen, woher sie wolle, mit rücksichtsloser Energie entgegenzutreten. Angesichts der Zusammenballungen aller reaktionären Kräfte gegen das Proletariat ist mehr als die Aufrechterhaltung einer einzigen und dadurch schloßfräftigen Sozialdemokratie das Gebot der Stunde.

Die vom Landesparteitagsausschuß der SPD. vorgelegte Entschcheidung wurde in namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 16 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Drei Delegierte fehlten bei der Abstimmung. Die anwesenden Reichstagsabgeordneten Bud, Schmidt, Buchta und Rahmann stimmten ebenso wie die drei stimmberechtigten Gewerkschaftsvertreter mit Nein.

Der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Genosse BIRTH, verlas darauf folgende Erklärung:

„Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion ist bereit, für ihre Stellungnahme vor dem Lande sowie der Gesamtpartei die volle Verantwortung zu tragen. Sie ist sich der Tragweite ihrer Handlungsgemeinschaft in vollstem Umfange bewußt und wird bei der Bedeutung der von ihr gefassten Beschlüsse die Entscheidung des am 10. März folgenden Reichsparteitags anrufen, der die Grundlinien für die sozialdemokratische Politik zu bestimmen hat.“

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung nahm der Parteitag darauf gegen zwei Stimmen noch folgende Entschcheidung an:

„Auf die Erklärung der Fraktionsmehrheit erklärt der Landesparteitag, daß die SPD. in Sachsen nach den auf dem Landesparteitag am 6. Januar gefassten Beschlüssen an dem Kabinett Heide nicht beteiligt und für diese Koalitionsregierung nicht verantwortlich ist. Der Parteitag fordert, daß trotz der Erklärung der Fraktionsmehrheit, entsprechend der angenommenen Resolution, keine Beschlüsse durchgeführt werden.“

Mit der Annahme einer weiteren Entschcheidung über die Gemeinderatswahlen und nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Krzy waren die Verhandlungen des Parteitags um 7 Uhr 45 Minuten beende!

Berichte bürgerlicher Montagsblätter sprechen davon, daß auf dem Parteitag ein Antrag Hipinski angenommen worden sei, der den Ausschluß der Rechtsopposition verlange. Diese Berichte sind falsch. Genosse Hipinski hat solchen Antrag nicht gestellt.

### Hein Rücktritt Heide.

Die „S. J.“ behauptet in einem Dresdener Telegramm, Genosse Heide werde morgen im Landtag seinen Rücktritt erklären und sodann bis zur Reimwahl des Landtags die Geschäfte weiterführen. Diese Nachricht ist, wie uns aus Dresden gemeldet wird, falsch. Genosse Heide kann schon deshalb nicht zurücktreten, weil dann überhaupt keine förmliche Regierung mehr da wäre und damit die Einsetzung eines Reichskommissars notwendig würde.

In Stuttgart wurden der kommunistische Reichstagsabgeordnete Barg und der württembergische Landtagsabgeordnete Karl Müller nebst weiteren vier ehemaligen Mitgliedern der kommunistischen Partei verhaftet. Von den Festgenommenen wurden alle mit Ausnahme des Reichstagsabgeordneten Barg, der im Besitz von belastendem Material gewesen sein soll, wieder auf freien Fuß gesetzt. — Wie sich die Verhaftung des Wbg. Barg mit der Immunität verhält, ist unersichtlich.

### Die Amsel.

Von Emil Rath.

Er hob noch einmal den Kleinsten empor, streichelte ihn plumpzärtlich über die farblosen Wangen, küßte ihn und die hagere Frau, nicht anders als er es jeden Morgen getan, da er noch zur Arbeit gegangen. Er griff zur Mühle, winkte noch einmal die halbe Treppe hinauf und tappte mit schwerem Schritt die schmutzigen drei Treppen hinunter — das Herz so schwer wie sein Schritt.

Als er aus der Haustür trat, fuhr ihm der Januarwind mit hartem Stoß in das müde Gesicht, daß er die Mühle fester über die Ohren zog und die Hände tiefer in die Taschen verlenkte. Und ging in Gedanken die verschneite Straße entlang. Wohin? Er hatte nicht einmal daran gedacht, wohin. Wußte nur das Eine: daß er diesem elenden Leben ein Ende machen wollte. Machen mußte. Den stillen Sommer dahem Tag für Tag ansehen, seit er arbeitslos war und nicht einmal soviel Geld nach Hause brachte, daß es für das trodene Brot reichte. Er ballte die Fäuste in der Tasche. Sah in behagliche, selbstzufriedene Gesichter gutgekleideter Menschen, die an ihm vorübergingen, und lächelte einen harten, sechenden Haß in der Brust emporschleiten.

Warum gerade er? Er dachte einen Augenblick daran, daß gleich ihm Tausende auf der Straße lagen, dahem mit den Ihren dachten, hungerten, froren, aber dann trogte er auf: Warum gerade er? Warum gerade er?

Sein Schritt wurde hastiger. Er ging gerade vor sich hin, der Peripherie der Stadt zu. Die Häuser wurden spärlicher. Hier und da noch ein grauer Fleck, ein steiles Aufspringen — dann lag vor ihm freies Feld, über das ungehemmt der eisofte Wind jagte und ihm das Wasser in die Augen trieb. Bald nahm ihn ein kümmerliches Wäldchen auf. Hier lag hier Schnee, schmelz, wenig ausgegrenzte Schneepfade führten ihn zu einer morschen Bank auf einer kleinen Anhöhe. Er brach auf die Bank nieder wie ein zu Tode gekehrtes Tier. Seine Gedanken gingen nun im Kreis. Ein Ende machen! Ein Ende machen! Er hob den müden Blick, schaute über ein kleines Tal mit niedrigen, schneeüberhangenen Wacholderbüschen, die und da eine kleine überflossene Tanne, und im Talgrunde ein petrorer See, in dessen Eis sich trübige Winterfische spiegeln.

Er aber dachte nur das Eine: Ein Ende machen! Nicht Tag für Tag sich wieder vom Sommer zernagen lassen. Nachen für die Selten jene sorgen, die im Ueberfluß leben.

Eines Schwärzes hüpfte und trappelte durch den Schnee: eine Amsel, mit aufgerissenen blauen Gefieder, leuchtend gelbem Schnabel, längelte im Schnee auf und ab, scharrte, hüpfte sich, kam ganz nahe an die Bank, sah ihn auf; schen an — und ließ leises, süßes Plätschen in den Schnee tropfen.



